

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 16. Dezember 2010 - Nr. 293/50 D 1

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,00 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

BGH: Freispruch für Harry Wörz rechtskräftig

pps. FRANKFURT, 15. Dezember. Der Bundesgerichtshof (BGH) hat am Mittwoch den Freispruch des Landgerichts Mannheim vom Oktober 2009 im „Fall Harry Wörz“ für rechtskräftig erklärt (Aktenzeichen 1 StR 254/10). Damit endet ein fast 14 Jahre andauernder Rechtsstreit, der schon zuvor zwei Mal vor den obersten Richtern in Karlsruhe verhandelt worden war. Im Jahr 1998 hatte der BGH einen Schuldspruch von Wörz des Landgerichts Karlsruhe bestätigt, im Jahr 2006 nach der Wiederaufnahme des Strafverfahrens einen ersten Freispruch des Landgerichts Mannheim aufgehoben. Der heute 44 Jahre alte Installateur Harry Wörz wurde beschuldigt, seine damalige Ehefrau Andrea Z. mit einem Wollhal stranguliert zu haben. Die einstige Polizistin aus Birkenfeld bei Pforzheim ist seitdem schwer hirngeschädigt und kann sich zur Tat nicht äußern. Schon früh gerieten die Ermittlungen der Pforzheimer Polizei in die Kritik. So wurde der Tatort nicht versiegelt, sodass Spuren verwischt wurden. Zudem wurden offenbar von Anfang an nur Spuren verfolgt, die auf den Angeklagten Harry Wörz zuliefen. Inzwischen gilt der frühere Geliebte und Arbeitskollege von Andrea Z. als Hauptverdächtiger. Deswegen wurde der Kommissar schon im Januar dieses Jahres vom Dienst suspendiert. (Siehe Deutschland und die Welt.)

Heute

Nie mehr die Lüge vom Sturz

Die Datenbank „Riskid“ soll den Informationsaustausch unter Ärzten verbessern und Kindesmisshandlungen so früh wie möglich aufdecken. **Deutschland und die Welt, Seite 9**

Moskau den Russen

Den Europaplatz, sonst mit Menschen aus allen Völkern besetzt, der verbliebenen Sowjetunion voll, queren jetzt nur Passanten mit slawischen Zügen. Nationalisten haben Angriffe angekündigt. **Politik, Seite 3**

Teurer Wechsel

Heute legt Nordrhein-Westfalens rot-grüne Regierung dem Landtag einen Nachtragshaushalt mit einer so großen Neuverschuldung vor, als sei das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht endgültig zerstört. **Politik, Seite 4**

Der Laufsteg wackelt

Kräftig steigende Löhne in China und anderen wichtigen Produktionsländern, aber Teuerungen bei Baumwolle und Chemiefasern werden der Modebranche bewegende Zeiten beschern. **Wirtschaft, Seite 14**

Neubeginn mit altem Spezi

Biathlon-Olympiasieger Michael Greis will mit Hilfe von Fritz Fischer den Glauben an sich selbst wieder finden – und zielorientiert seine Stärken ausspielen. Ihm fehlt derzeit die Treffsicherheit. **Sport, Seite 29**

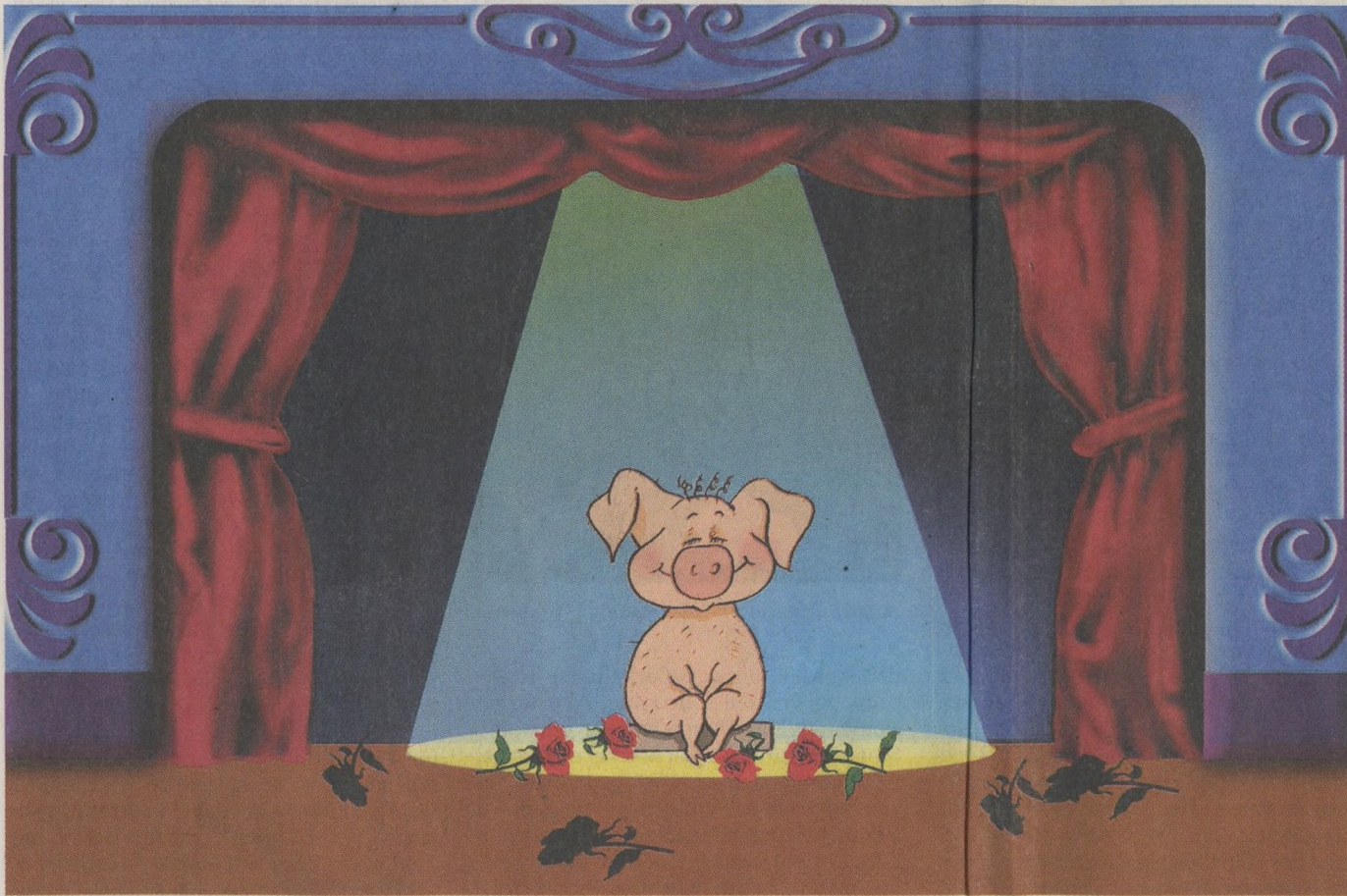
Von Bologna nach Schwerin

Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat den Titel Diplom-Ingenieur wieder zugelassen. Und auch sonst in seiner Hochschul-Novelle viel bildungspolitischen Verstand bewiesen. **Feuilleton, Seite 31**

Ein Sonnenkönig in Amerika

Warum kuscheln Teddybären im Tudor-Schloss? Und was macht ein italienischer Delikatessenhändler im tiefsten Appalachen-Wald? Antworten gibt eine Reise mit Stil durch Neuengland. **Reiseblatt, Seite R 1**

FDP sucht Rampensau



Die Liberalen suchen für ihre Wahlkämpfe ein sogenanntes Zugtier, also einen Ochsen, der den Karren aus dem Dreck zieht. In Rheinland-Pfalz ist die FDP der Meinung, dass das nicht der Vorsitzende sein könne, Guido Westerwelle, weil der das Gegenteil von einem Zugtier sei, ein „Klotz am Bein“. Auch in Ba-

den-Württemberg, Stammland der Liberalen, herrscht Verlegenheit: Es fehle eine „liberale Rampensau“. Das Bild zeigt eine Glückwunschkarte, die der FDP als Einladung zum traditionellen Dreikönigstreffen im Stuttgarter Staatstheater am 6. Januar dienen könnte. Oder als Hinweis auf Seite 5. Foto Mauritzius

Merkel legt Neun-Punkte-Plan vor Steinmeier: Ein großer Sprung muss her

Debatte im Bundestag zur Euro-Krise / Vor dem Gipfeltreffen in Brüssel

mas/wmu. BERLIN/BRÜSSEL, 15. Dezember. Bundeskanzlerin Merkel (CDU) hat in ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag sich zur Hilfe für in Not geratene Euro-Mitgliedstaaten bekannt. „Niemand in Europa wird alleingelassen, niemand in Europa wird fallengelassen.“ Gleichzeitig hob sie hervor, dass finanzielle Hilfen nur letztes Mittel sein können. Der EU-Gipfel an diesem Donnerstag und Freitag soll einen dauerhaften Krisenmechanismus auf den Weg bringen. Der bisherige Euro-Rettungsschirm gilt nur bis Mitte 2013. Frau Merkel sagte, dass man es nicht mit einer Krise des Euros, sondern mit der einiger Euro-Staaten zu tun habe. Einzelne Mitgliedstaaten stünden derzeit vor schwierigen Herausforderungen. Doch habe sich der Euro insgesamt

als krisenfest erwiesen. Die Währung sei stabil, nach innen wie nach außen. Dies sei an der niedrigen Inflationsrate und am Außenwert des Euro ablesbar.

Frau Merkel warnte vor der Einführung von Euro-Anleihen, mit denen die Euro-Länder gemeinsam für Schulden haften würden. Die Vergemeinschaftung der Risiken dürfe man nicht als Lösung erscheinen lassen. Dagegen sprach sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Steinmeier für eine solche Möglichkeit aus. Die Unruhe an den Finanzmärkten habe nicht nur mit der Finanzsituation Griechenlands, Irlands oder Portugals zu tun, sagte Steinmeier. Die internationalen Finanzmärkte zweifelten an der Reichweite der europäischen Solidarität und an der europapolitischen Zuverlässigkeit der Deutschen. „Diese Zwei-

fel beseitigen wir nicht im täglichen Klein-Klein. Da muss ein großer Sprung her“, forderte der SPD-Fraktionsvorsitzende. Zusammen mit einer engeren wirtschaftspolitischen Abstimmung seien begrenzte Euro-Bonds sinnvoll und verantwortbar. Steinmeier forderte auch, den bestehenden Euro-Rettungsschirm zu vergrößern. Bisher hat er ein Gesamtvolumen von 750 Milliarden Euro. Inhaber von Griechenland- und Irland-Anleihen müssten aber auf einen gewissen Teil ihrer Forderungen verzichten, sagte Steinmeier.

Frau Merkel zählte aus ihrer Sicht „unverzichtbare“ Punkte für den neuen Krisenmechanismus auf. Sie sagte, es würden keine Hoheitsrechte nach Brüssel verlagert. (Fortsetzung sowie weitere Berichte Seite 2, siehe Zeitgeschehen, Seite 10.)

Ministerpräsidenten beschließen Rundfunkabgabe

„Einfach, gerecht, zukunftssicher“ / Haushalte und Betriebe werden belastet / GEZ bleibt

miha. FRANKFURT, 15. Dezember. Die Ministerpräsidenten haben eine Reform der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beschlossen. Vom 1. Januar 2013 wird nicht mehr eine Rundfunkgebühr gefordert, die an das Vorhandensein eines Empfangsgeräts gebunden ist. Die Bürger unterliegen einer Pflicht, einen „Rundfunkbeitrag“ zu entrichten. Erhalten wird dieser für jeden Haushalt und – in gestaffelter Form – für Betriebsstätten. „Gerecht und zukunftssicher“ sei die neue Abgabe, sagte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD). Ein Vorteil sei, dass die Mitarbeiter der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) nicht mehr kontrollieren müssten, ob in den Haushalten ein Empfangsgerät bereitstehe, sagte

der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Wolfgang Böhmer (CDU). Allerdings wird die GEZ nicht aufgelöst, sie überwacht weiterhin den Beitragsfluss. Die Sender befürworteten den Modellwechsel. Der Rundfunkbeitrag sei „einfach gerecht“, sagte der ARD-Vorsitzende Peter Boudgoust. ZDF-Intendant Markus Schächter sagte, der Rundfunkbeitrag solle „für mehr Beitragsgerechtigkeit“. Viele kleine und mittlere Betriebe würden entlastet. Der 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der den neuen Beitrag festschreibt, muss von allen Landesparlamenten ratifiziert werden.

Die Höhe des einfachen Monatsbeitrags von zur Zeit 17,98 Euro soll erhalten bleiben. Ob es dabei bleibt, ist allerdings un-

klar. Nach zwei Jahren sollen ARD, ZDF und Deutschlandradio Bilanz ziehen, wie sich der neue Beitrag auswirkt. Dann könnte eine Erhöhung anstehen, da die Sender über eine vom Bundesverfassungsgericht formulierte „Bestands- und Entwicklungsgarantie“ verfügen. Derzeit nehmen die Sender pro Jahr rund 7,5 Milliarden Euro an Gebühren ein.

Durch die Neuregelung müssen Zweitwohnungsbesitzer zweimal zahlen, Blinde und Hörgeschädigte sind nur auf Antrag befreit, sie sollen einen Drittelbeitrag zahlen. Ein Drittelbeitrag fällt auch für gewerblich genutzte Fahrzeuge an. Daran hatten Verbände Kritik geübt. Der Autoverleiher Sixt hatte eine Verfassungsklage angekündigt. (Siehe Medien, Seite 37.)

Landtag billigt Bürgerschaft über 5,9 Milliarden Euro

sup. STUTTGART, 15. Dezember. Der Landtag von Baden-Württemberg hat mit den Stimmen der CDU/FDP-Koalition eine Bürgerschaft über 5,9 Milliarden Euro gebilligt, damit das Land Anteile am Energieversorger ENBW kaufen kann. Die Abgeordneten der oppositionellen Grünen und Sozialdemokraten verließen den Plenarsaal. Sie protestierten dagegen, dass die Verträge ohne Zustimmung des Parlaments zustande gekommen waren. (Siehe Wirtschaft, Seite 11.)

Der fehlende Punkt

Von Georg Paul Hefty

Bundeskanzlerin Merkel hat aus dem Werkzeugkasten der politischen Symbolik ein historisch gewichtiges Instrument geholt. In ihrer Regierungserklärung zum Euro-Krisen-Gipfeltreffen zählte sie neun Punkte auf – eine, ob gewollt oder ungewollt, deutliche Anspielung auf Kohls Zehn-Punkte-Plan vom 28. November 1989. Als wie tief muss Frau Merkel die Krise empfinden, dass sie vor einer solchen Vergleichbarkeit nicht zurückschreckte? Das Fehlen eines zehnten Punktes zeugt dabei von Selbstbescheidung gegenüber geschichtsmächtigen Dekalogen, aber auch von der Ahnung, dass die Wirkung ihres Kataloges ungewiss ist. Kohl konnte damals in seinem letzten Punkt „auf die Unterstützung unserer Freunde und Partner“ hinweisen. Gerade diese bleibt Frau Merkel versagt: Außer dem französischen Präsidenten hat sie keine Handvoll Partner, die sich öffentlich auf ihre Seite stellen. Und selbst Sarkozys Forderung – die Harmonisierung der einzelstaatlichen Finanz-, Haushalts- und Wirtschaftspolitik – ist eher ein Stufenplan hin zu Eurobonds als eine dauerhafte Brandmauer gegen sie.

Wider den Zerfall

Von Klaus-Dieter Frankenberger

Nach der schier unendlichen Geschichte der Reform der europäischen Verträge hätte es eigentlich ein Jahr der Beruhigung, der Konsolidierung und der Bündelung der neuen Kräfte werden sollen. Stattdessen erleben die Europäer eine Krise, wie sie diese Generation noch nicht gekannt hat. Die Schulden- und Euro-Krise hat zu großen inneren Zerwürfissen geführt. Es wurde unverhohlen gedroht und geschimpft, dass man mehr als einmal den Eindruck hatte, die „Solidargemeinschaft“, zu der sich die Europäer eigentlich zusammengeschlossen hatten und die in der so beschriebenen „Schicksalsgemeinschaft“ der Währungsunion eine erste Krönung gefunden hatte, stehe, frei nach Orwells „1984“, doch mehr für Konfliktgemeinschaft. Die politischen Gegensätze und die Vorstellungen über eine Sanierung hochverschuldeter Länder geben und geben den Stoff für Streit auf offener Bühne: zwischen großen und kleinen Ländern, stabilitätsorientierten und strauchelnden, denen im Norden und jenen im Süden. So heftig ist gestritten worden, zuweilen mit haltlosen Vorwürfen und mit hässlichen Ressentiments, dass von interessierter Seite oder auch nur fahrlässig über eine Absetzung des Stückes „Währungsunion“ spekuliert worden ist.

Es ist richtig: Als die Währungsunion im Zuge der deutschen Vereinigung auf den Weg gebracht wurde, fehlte es nicht an Warnungen, dass da Länder zusammengeschweißt würden, die sich ökonomisch, ordnungs- und mentalitätspolitisch nur schwer zusammenfügen ließen. Die Warnungen enthielten oft die Prognose des Auseinanderfallens. Als dann der Euro eingeführt wurde, zunächst als Buch- und 2002 dann auch als Bargeld, war das von ganz anderen, verheißungsvollen Deutungen begleitet. Da wurde dem Euro ein langes Leben vorausgesagt und das Potential, einmal den Dollar als Weltwährung abzulösen. Der Euro – das war die monetäre Grundlage für den Weltmachtstatus der Europäischen Union; das war das Schmiermittel des Binnenmarkts und das Treibmittel für Anpassung und Wettbewerbsfähigkeit. Heute werden Euro-Währungsländer-Rettungsschirme gespannt.

Die Metapher „Rettungsschirm“ passt gut zu der allgemeinen, verdüsterten Stimmungslage; auch beginnt sich – endlich – ein neuer Realismus durchzusetzen, was die weltpolitische Rolle der EU im 21. Jahrhundert anbelangt. Der Vertrag von Lissabon hat die EU eben nicht zum internationalen Superstar gemacht; das war ein Verkaufsargument der auf die Institutionen fixierten Urheber, an das jenseits der politischen Klasse nicht viele glaubten. Wenn heute von globalen Entwicklungen die Rede ist, dann wird nüchtern der Niedergang und der Einflussverlust Europas festgestellt. Dieser Bedeutungsverlust, gegenüber den bekannten Aufsteigern, wird soeben im Internationalen Währungsfonds durchexerziert.

Da ist es richtig, darauf zu bestehen, dass über die „Inanspruchnahme“ des Krisenmechanismus „in der Euro-Zone einstimmig entschieden“ wird. Das Vetorecht steht Deutschland zu wie jedem Land – und wird es dennoch isolieren, falls es eines Tages als einziges nein sagen sollte. Frau Merkel kennt die Gefahr, und sie bekräftigte daher alle europapolitischen Schwüre, welche Bundesregierungen je geleistet haben. Die Fraktionsvorsitzenden ihrer Koalition eilten ihr dabei zu Hilfe und legten ihrerseits alle Eide auf die europäische Zukunft ab.

Bei so viel offenen Stellen wäre es oppositionelles Versagen gewesen, nicht mit dicken Fingern darauf hinzuweisen. Vor allem der grüne Möchtegern-Außenministeranwärter Trittin suchte die Unvereinbarkeiten sogar zwischen der christlich-liberalen Berliner Koalition und ihren europäischen Partnerparteien zu belegen. Der (frühere) sozialdemokratische Kanzlerkandidat Steinmeier war weniger erfolgreich in dem Versuch, der Koalition die Schuld an den Schwierigkeiten der Europäischen Zentralbank zu geben. Die Zukunft der EZB als „schlechte Bank“ an die Wand zu malen, beschädigt deren Ruf. Noch gedankenloser ist allerdings der schwarz-gelbe Versuch, die EZB vor jeder Erwähnung im Bundestag schützen zu wollen.

Es sind auch und nicht zuletzt die Verschiebungen der Gewichte in Weltwirtschaft und Weltpolitik, die einen wünschen lassen, dass die maßgeblichen Akteure sich beim Krisenmanagement ihrer Verantwortung bewusst sind: für das wirtschaftliche und das politische Wohlergehen ihrer Bürger heute und in der Zukunft, für den Erfolg des europäischen Projekts und für den Zusammenhalt der Beteiligten. Das schließt den Erfolg der Währungsunion ein. Jetzt, da es sie schon rund ein Jahrzehnt gibt, hat es etwas von unpolitischer, unhistorischer Leichtfertigkeit, mit Szenarien ihrer Aufspaltung zu spielen. Vielleicht mögen die Spannungen tatsächlich eines Tages zu groß werden; das vollkommen berechnete Interesse der Wähler an einer sta-

Der Rückbau unserer hochintegrierten Währungsunion wäre ein anderes Kaliber.

bilen Währung und daran, nicht anderer Leute Zeche zu zahlen, würde aber nur zum Schein mit der Rückkehr in die Vergangenheit gewahrt. Die Kosten wären unabsehbar. Die Märkte würden Fußball spielen vor allem mit denen, welche die Eurozone verlassen würden. Vieles käme ins Rutschen. Deutschland, das Land in der Mitte, gewissermaßen der historische Grund der europäischen Einigung, bliebe davon nicht unberührt.

Die europäischen Länder können den Wettbewerb mit den leistungsstarken Großmächten der Zukunft bestehen, natürlich können sie das. Sie dürfen nur nicht sich selbst weiter marginalisieren oder diese Selbstmarginalisierung gar noch beschleunigen. Deswegen lohnt es, für die Stabilität des Euro zu arbeiten und die Währungsunion zu verteidigen – nicht nur um des schönen europäischen Gedankens willen, sondern des ökonomischen Nutzens wegen. Es gibt einiges, was integrationspolitisch überflüssig ist, und viel hohles Gerede; es gibt europäische Zuständigkeiten, die durchaus nicht europäisiert werden mussten. Aber ein Rückbau der hochintegrierten Währungsunion wäre ein ganz anderes Kaliber. Es wäre vermutlich der Beginn der Auflösung der EU, wäre also mehr als nur eine Schwächung.

Brüsseler Forscher haben die pessimistische Einschätzung vorgetragen, die Krise führe dazu, dass Europa wirtschaftlich und politisch den Anschluss an die Zentren von Wachstum und Macht unwiderruflich verliere. Es liegt allein an den Europäern, diese Einschätzung zu widerlegen: Ihre Währung dürfen sie nicht aufs Spiel setzen, ihre Union müssen sie beisammen halten. Und sie müssen alles für Europas wirtschaftliche Stärke tun; ohne die ist alles nichts.



Briefe an die Herausgeber 36
Reiseblatt R1
Stimmen der Anderen 2
Impressum 4
Staat und Recht 8

Deutschland und die Welt 9
Zeitgeschehen 10
Wirtschaft 11
Unternehmen 14
Menschen und Wirtschaft 17

Jugend und Wirtschaft 19
Wetter 20
Finanzmarkt 21
Kurse 24
Sport 29

Feuilleton 31
Kino 35
Neue Sachbücher 36
Medien 37
Fernsehen und Hörfunk 38

STREIFZÜGE

Nachterstedt

Vor dem Tagebau

Lange galt die künstliche Seenlandschaft im Osten Deutschlands als eine Bereicherung und ein Zeichen des Aufbruchs: Wo einst Braunkohle die Region wirtschaftlich bereicherte, ansonsten aber belastete, kamen nun Badeseen. Ein erster Schock kam vor einem Jahr mit dem Erdbeben von Nachterstedt, der drei Menschen das Leben kostete und einen Ortsteil zerstörte.

Über das Unglück am Concordiassee gab es zunächst mancherlei Theorien und die Botschaft, das sei wohl ein Einzelfall. Nun kam ein zweiter Rückschlag, der die mitteldeutschen Bundesländer viele hundert Millionen Euro kosten und die Anwohner beunruhigen dürfte. Ein Bergbaufachmann untersuchte das Unglück im Salzlandkreis und befand nach gut einem Jahr Arbeit,



Am Concordiassee

an fast allen Restlöchern des Braunkohleabbaus besteht Gefahr. Reiner Hase-Loeff (CDU), als Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt auch für den Bergbau verantwortlich, sagte, alle Bösungsskippen an Tagebau-Restlöchern in Brandenburg, Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt – alleine dort etwa 150 – müssten auf ihre Standfestigkeit untersucht werden.

Der Hauptgrund, den der Dortmunder Fachmann in seinem Zwischenbericht nennt: Beim Berechnen der Standsicherheit von Abraumkippen und Böschungen seien Stellen des Altbergbaus nicht hinreichend beachtet worden. Diese aber spülen weiterhin Wasser in Richtung des Sees. Neue Sondierungsbohrungen und mögliche Baustopps seien ratsam. Bergbauinspektoren und Politiker anderer Bundesländer wenden ein, Nachterstedt sei „ganz speziell“. Doch fast überall, wo es Abbau von Braunkohle im offenen Tagebau gab, wurde die Kohle zuvor bis 1870 im Tiefbau abgebaut, zu dem Kalisalz oder Kupfererz. Erst als man dank neuer Technik große Massen bewegen konnte, stieg man zum Tagebau um. ROBERT VON LUCIUS

Heute

Stärkung der Studenten

In Baden-Württemberg sollen Studenten mehr Mitbestimmungsrechte erhalten, etwa bei der Verwendung von Studiengeldern sowie der Abfassung von Prüfungs- und Studienordnungen. Politik, Seite 4

Amerikas Afghanistan-Krieg

Die Geheimdienste schätzen die Lage am Hindukusch deutlich schlechter ein als das Pentagon. Präsident Obama stellt heute seine strategischen Richtlinien für den Krieg in der Region vor. Politik, Seite 6

Chávez will mehr Macht

Bevor das neue Parlament zusammenkommt, soll der alte Kongress es dem venezolanischen Präsidenten noch einmal ermöglichen, Gesetze ohne Abgeordnete und Opposition zu dekretieren. Politik, Seite 6

Meins bleibt meins

Was Wikileaks und Internetpiraterie verbindet: Alles soll ins Netz. Wer aber geistiges Eigentum zum Gemeingut erklärt, stellt die die Verfassungsordnung in Frage. Staat und Recht, Seite 8

Kopflös am Mittelmeer

Bei Aschkelon in Israel hat ein Wintersturm eine Frauenstatue aus der Römerzeit freigelegt. Jetzt steht die Marmorfigur mit Toga und Sandale, aber ohne Haupt am Strand. Deutschland und die Welt, Seite 9

Vereinigungsstränge

Im Wahlkampf spielte die Idee, das Kosovo mit Albanien zu vereinen, wieder eine Rolle. Sind diese Pläne ernst gemeint oder doch nur der politischen Taktik einer Partei geschuldet? Zeitgeschehen, Seite 10

Gewitterwolken

Finanzminister Schäuble (CDU) kämpft zäh um eine Neuordnung der Gemeindefinanzen. Dabei ist vor allem die Gewerbesteuer im Fokus. Diese Aufgabe ist nur schwer zu lösen. Zeitgeschehen, Seite 10

Die abgeklärte Kühle und der emotionale Europäer

Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble galten im Jahr der Euro-Krise immer wieder als Antipoden in der Berliner Regierung. Doch jetzt sind sie sich deutlich näher als zuvor.

Von Stephan Löwenstein

BERLIN, 15. Dezember. Der Vizekanzler tätschelte tröstend den Unterarm der Kanzlerin und lachte ihr zu, um zu zeigen, dass das alles gar nicht ernst zu nehmen sei, was der Redner am Pult da gerade von sich gegeben hatte. Der Redner war Jürgen Trittin. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen sprach in der Debatte zur Euro-Regierungserklärung Frau Merkels nach dem energischen Vortrag des Kollegen von der Union, Volker Kauder. Kauder habe wohl, so unterstellte Trittin, in seiner Rede durch Lautstärke die Dissonanzen innerhalb des eigenen Lagers zu übertönen versucht. Allen war klar, worauf der Oppositionsmann anspielte: auf die Kanzlerin und ihren Finanzminister, Wolfgang Schäuble.

Dieses vermeintliche Gegensatzpaar ist im Berliner Gerede und auch in Publikationen inzwischen fast zum Gemeinplatz geworden: Hier die kleinkrämerische Merkel, dort der in großen Linien denkende Schäuble, hier die Gegnerin einer weiteren europäischen Integration, dort der „letzte Kohlianer“. Dahinter steckt natürlich auch das Wissen, dass die politische Geschichte dieser beiden Politiker nicht erst angefangen hat, als Frau Merkel Kanzlerin und Schäuble Minister unter ihr wurde. Einst war sie ja von ihm protegiert worden, als Jungministerin in den letzten Kabinetten Kohl, dann als Generalsekretärin des CDU-Vorsitzenden Schäuble – bis sie ihn stürzte und an seiner Stelle an die Parteispitze trat.

In der Tat sind die Unterschiede im Blick der beiden auf Europa in diesem Jahr der Krise der Gemeinschaftswährung mehrfach offenkundig geworden. So hat sich die Bundeskanzlerin klar gegen die Euro-Bonds ausgesprochen, die der Luxemburger Juncker, Vorsitzender der Euro-Gruppe, in der Krise anpreist. Eine Vergemeinschaftung der Risiken, wie es bei Euro-Bonds der Fall sei, könne keine Lösung sein, urteilte sie kühl in ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag. Der deutsche Finanzminister spricht sich ebenfalls öffentlich gegen Anleihen aus, für die die Euro-Länder gemeinsam haften würden. Gleichzeitig zeigt er sich aber auch bereit, über eine weitgehende Europäisierung der nationalen Finanzpolitik zu verhandeln. Er ging sogar so weit, darüber zu spekulieren, dass der Bundesrat sein Budgetrecht an die EU abtreten könnte, wenn man nur einige Monate Zeit hätte, dafür zu werben, und es Hoffnung gäbe, dass andere EU-Mitgliedstaaten dem ebenfalls zustimmen.

Offen tragen die gegensätzlichen Positionen zu Beginn der europäischen Staatsschuldenkrise zutage. Da brachte Schäuble einen Europäischen Währungsfonds ins Spiel. Er wollte, dass die Europäer ihre Probleme in der Familie lösen, ohne den Internationalen Währungsfonds (IWF), ohne die Amerikaner, die dort eine sehr starke Position haben. Frau Merkel beharrte auf eine Einbindung des IWF und setzte sich damit in Europa gegen großen Widerstand durch. Die Organisation mit Sitz in Washington hat die Bedingungen, unter denen Griechenland geholfen wird, mit ausgehandelt und stellt ergänzende Kredite zur Verfügung. Der IWF ist auch Teil des anschließend geschnürten Euro-Rettungspakets, von dem nun Irland profitiert. Heute registriert man im Kanzleramt zufrieden, dass die Einbindung des IWF in den geplanten permanenten Krisenmechanismus von keiner Seite mehr in Frage gestellt wird.

Insgesamt herrscht in der Machtzentrale der Eindruck vor, dass nun, vor dem

vierten Euro-Gipfel dieses Jahres, der Finanzminister und die Kanzlerin in dieser Sache anders als bislang nahe beieinander seien. Als Marke – der Wendepunkt lag wohl noch früher – lässt sich das Koalitionstreffen im Kanzleramt vergangene Woche ausmachen. Da waren zunächst Themen der Tagespolitik (eine Steuervereinfachung) ebenso wie große Grundsatzentscheidungen (Abschied von der Wehrpflicht) ziemlich geschäftsmäßig abgehan-



Angela Merkel im Bundestag

Foto Reuters

delt worden, bis es außerhalb der Tagesordnung um den Euro ging. Alle waren sich einig: Das Thema ist sehr ernst, die Situation kritisch. Frau Merkel erläuterte, weshalb sie sich so brüsk gegen den luxemburgischen Vorschlag für Euro-Bonds gewandt habe, ohne selbst eine andere Lösung anzubieten: bloß keine Festlegung eine Woche vor dem Rat in Brüssel. Und sie wurde darin vorbehaltlos unterstützt von Schäuble, wie Teilnehmer später berichteten.

Im Gespräch: Andrus Ansip, Ministerpräsident Estlands, über den Euro-Beitritt seines Landes im Moment der Krise

„Wir stehen an der Seite Deutschlands“

Herr Ministerpräsident, Ihr Land wird am ersten Januar den Euro einführen. In den vergangenen Jahren haben Sie trotz aller Turbulenzen Ihr Defizit so begrenzt, dass alle Kriterien eingehalten werden. Wie haben Sie das geschafft?

In Estland haben wir schon vor der Krise Reserven angesammelt. Unsere Staatsschuld ist deshalb heute mit 7,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts die niedrigste in der EU. Als dann die Krise kam, haben wir die öffentlichen Ausgaben zurückgefahren, wir haben eines der liberalsten Arbeitsgesetze der EU eingeführt, und wir haben das Rentenalter heraufgesetzt. Wir haben die Steuern auf Alkohol, Benzin und Tabak erhöht, und die Mehrwertsteuer ist von 18 auf 20 Prozent gestiegen. Die Menschen in Estland unterstützen diese harten Maßnahmen. Ich bin unserem Volk sehr dankbar dafür.

Hätte Angela Merkel wie Sie die Staatsausgaben um neun Prozent kürzen wollen, sie wäre wahrscheinlich längst gestürzt worden.

Es war bei uns leichter, weil wir vor der Krise Wachstumsraten von bis zu zehn Prozent hatten. Da war es dann leichter zu sagen: Wir müssen jetzt neun Prozent sparen. Mein Gehalt zum Beispiel war 2007 noch um 20 Prozent höher. Jeder musste seinen Beitrag leisten. Dabei sind wir keineswegs perfekt, wir wollen niemanden belehren. Unser Wachstum war im letzten Jahr negativ, die Arbeitslosigkeit ist immer noch sehr hoch. Im März lag sie bei 14,6 Prozent, jetzt haben wir immer noch 10,3 Prozent. Trotzdem hatten wir in Estland keine Streiks und keine Demonstrationen, als wir die Haushalte zurückschnitten. Die Leute haben keine Autos angezündet und keine Fenster zer schlagen. Dafür bin ich sehr dankbar. Die

Esten verstehen eben, dass Regierungen keine Wunder vollbringen können. Dass sie nur das Geld ausgeben können, das die Steuerzahler ihnen gegeben haben. In Estland ist die Öffentlichkeit nicht bereit, sich von den kommenden Generationen Geld auszuleihen.

Und jetzt, wo Sie nach all diesen Mühen endlich den Euro einführen können, erscheint er plötzlich wackeliger denn je. Ist der Euro immer noch eine gute Idee?

Ja. Der Euro wird unseren Handel mit anderen EU-Ländern fördern, und das sind immerhin 70 Prozent unserer Exporte. Außerdem macht der Euro Estland attraktiver für Investoren. Aber auch für ganz normale Menschen ist er wichtig. Sehr viele Esten haben Kredite in Euro aufgenommen, um Wohnungen zu kaufen. Als es dann im Sommer Gerüchte über eine Abwertung der Krone gab, wurden die Leute nervös. Sie fragten sich: Werde ich 30 Jahre lang zahlen müssen oder 45 Jahre? Werde ich für meine Kredite 50 Prozent meines Einkommens ausgeben müssen oder 75 Prozent? Das ist ein enormer Unterschied. Ich bin mir sicher: Der Euro ist gut für Estland.

Am Donnerstag reisen Sie nach Brüssel, wo der Europäische Rat über die Rettung des Euro sprechen wird. Es geht um den Vertrag von Lissabon, der geändert werden soll, damit Regierungen in Schwierigkeiten unter strikten Bedingungen geholfen werden kann, es geht viel



Andrus Ansip

leicht auch um die Idee europäischer Anleihen. Was halten Sie davon?

Der Vertrag von Lissabon muss geändert werden. Vor allem Deutschland braucht das, und wenn ein EU-Mitgliedsland das braucht, dann müssen wir das beschließen. Die Veränderungen werden ja übrigens sehr begrenzt sein. Estland ist dazu bereit. Zu der Idee der europäischen Anleihen: Ich bin da ziemlich skeptisch.

Sie teilen die deutsche Sicht?

Wir wollen keine Blockbildung in der EU, aber es gibt in der Finanzpolitik viele Ähnlichkeiten zwischen Deutschland, den Niederlanden, Finnland oder Estland. In Bezug auf europäische Gemeinschaftsanleihen bin ich vor allem deswegen skeptisch, weil sie für Deutschland teuer werden. Ich glaube, es wäre fair, den Ländern, die Probleme haben, keine Totalgarantien zu geben. Wer alle seine Ausgaben garantiert bekommt, wird nicht sehr sorgfältig rechnen. Wir sind hier in der gleichen Gruppe wie Deutschland. Ich glaube, Angela Merkel ist nicht nur für Deutschland eine gute Führungsfigur, sie ist auch eine gute Führerin für die gesamte EU. Sie ist besonders gut, wo es darum geht, in Europa Kompromisse zu finden.

Gilt das auch in der Außenpolitik, wo manche in Osteuropa glauben, Deutschland richte sich zu sehr nach Russland?

2007, als wir wegen eines sowjetischen Kriegerdenkmals, das wir in unserer Hauptstadt versetzten, enorme Probleme mit Russland hatten, hat sie vor einem Telefonat mit Putin zuerst bei mir angerufen. Das heißt unsagbar viel. Angela Merkel ist eben nicht bereit, EU-Mitgliedstaaten in eine A- und eine B-Gruppe zu unterteilen. Sie will alle fair behandeln.

STIMMEN DER ANDEREN

Berlusconi wilde Flucht ins Nichts

Auch die Madrider Tageszeitung „ABC“ befasst sich mit Berlusconi

```

präkrem
```

„Der knappe Sieg unter diesen höchst unruhigen Umständen könnte als Triumph Berlusconi gesehen werden. Tatsache ist aber, dass er Italien nicht die politische Stabilität garantiert, die das Land benötigt. Die Spaltung der italienischen Gesellschaft wird mit großen Schritten radikaler, und die Legitimität des Cavaliere als Regierungschef wird auf der Straße und in den Institutionen weiterhin angezweifelt werden. Berlusconi sollte einsehen, dass Italien eine Erneuerung der politischen Klasse braucht, und dass seine Rolle darin besteht, diesen Prozess zu erleichtern, statt auf einer wilden Flucht ins Nichts zu beharren.“

Den Cavaliere sollte man noch nicht abschreiben

Das Wiener Massenblatt „Kurier“ meint:

„Berlusconi dominiert zwar seit 16 Jahren Italiens Politik, umgibt sich aber mit der Aura des obersten Politik-Verächters. Er weiß genau, wie unbeliebt und diskreditiert die gesamte politische Zunft ist – und tut so, als würde er ihr selbst nicht angehören. Dazu kommt, dass ihm die Opposition kein charismatisches Schwergewicht entgegenstellen kann: Italiens Linke ist nur im Hass auf Berlusconi vereint, ansonsten bietet sie keine schlagkräftige Antwort. Auch wenn es für den Frontmann der Rechten diesmal knapp geworden ist – abschreiben darf man ihn noch lange nicht. Der Cavaliere ist zu reich, zu schlau und zu unverforn, um sich einfach aus dem Sattel heben zu lassen. Dass er ohne Amt seine Immunität verlieren würde, wird ihn noch zäher kämpfen lassen.“

Chodorkowskij oder: Wohin geht Russland?

Zum Prozess gegen den Kremlkritiker und früheren Ölmilliardär Michail Chodorkowskij äußert die Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ (Warschau):

„Der Chodorkowskij-Fall wirft einen langen Schatten auf Russland und die russische Geschäftswelt. Er lehrt, dass die Unternehmer gehorsam mit den Behörden (Gewinne) teilen sowie deren Programme und private Launen unterstützen – und von der Politik die Finger lassen sollen. Chodorkowskij wollte auf diese Ratschläge nicht hören, deshalb sitzt er im Gefängnis und seine Firma Yukos wurde von Rosneft übernommen – ein Unternehmen, das von Ministerpräsident Putins Kollegen kontrolliert wird. Das Urteil im Chodorkowskij-Prozess wird die Frage beantworten, wohin Russland geht: Setzt das Land den Weg fort, den Chodorkowskij-Feind Putin vorgezeichnet hat oder wählt es eine neue Strecke, von der Präsident Medwedjew spricht?“

Denn Besseres kommt im Kosovo nicht nach

In der „Frankfurter Rundschau“ lesen wir zur Situation im Kosovo nach der jüngsten Parlamentswahl:

„Der Premier bleibt im Amt; für die europäischen Diplomaten ist das Grund genug, die ‚Stabilität‘ zu preisen. Stabil aber sind im Kosovo nur die Korruption, die Inaktivität, die Machttrunkenheit und die Sturheit. Wenn sie von ihrer Regierung sprechen, denken die Kosovaren an Kolonnen schwarzer Limousinen und die vielen Wichtigtuer, die man schmiern muss, wenn man etwas erreichen will. Dass eine Mehrheit diese Leute trotzdem wiedergewählt hat, verdankt sich der Resignation: Es kommt eh nichts Besseres nach.“

Fortsetzung von Seite 1

Vor dem EU-Gipfel

Hilfen könne es nur geben, wenn die Eurozone als Ganze in Gefahr sei, fuhr Frau Merkel fort. Die Hilfen könnten auch nur einstimmig in der Euro-Gruppe beschlossen werden. Der Internationale Währungsfonds (IWF) werde eingebunden. EU-Kommission, IWF und die Europäische Zentralbank müssten die drohende Zahlungsunfähigkeit eines Landes feststellen. Jede Unterstützung werde sodann an strenge Bedingungen geknüpft. Private Gläubiger seien von Fall zu Fall einzubinden; wenn ein Land seine Schulden nicht bedienen könne, hätten sie einen Beitrag zu leisten. Dazu würden von 2013 an in allen neuen Staatsanleihen Klauseln aufgenommen, die das vorsehen. Nicht zuletzt könnten sich stets auch Nicht-Euro-Mitglieder an Rettungsaktionen beteiligen. „Für mich ist wichtig, dass die Gewährung finanzieller Hilfen auch in Zukunft nur letztes Mittel sein kann“, bekräftigte Frau Merkel.

Wie Steinmeier sprach sich auch der Fraktionsvorsitzende der Grünen Jürgen Trittin für die Einführung von Euro-Anleihen aus. Er warf Bundeskanzlerin Merkel vor, in der Europäischen Union im Ruf eines „teutonischen Sparmonsters“ zu stehen. Die FDP-Fraktionsvorsitzende Birgit Homburger widersprach der Opposition. Euro-Bonds seien kein Instrument zur Krisenbewältigung und Solidarität sei keine Einbahnstraße. Die betroffenen Länder müssten eigene Anstrengungen unternehmen. Die Vorsitzende der Partei Die Linke Gesine Lötzsch warf Frau Merkel vor, sie wolle nur die deutschen Banken retten. Der Kanzlerin gehe es dabei gar nicht um Europa.

Im Europäischen Parlament stieß die Position der Bundesregierung überwiegend auf Kritik. In der traditionellen Aussprache vor dem Gipfeltreffen forderten vor allem Abgeordnete der Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen in Straßburg, die Bundesregierung solle ihre ablehnende Haltung gegenüber Euro-Anleihen aufgeben. Außerdem dürfe Deutschland nicht als „Bremsen“ des Krisenmanagements wirken. Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Daniel Cohn-Bendit sagte: „Wenn wir darauf warten wollen, dass Frau Merkel beschließt, eine Entscheidung zu treffen, die sie schon vor 15 Minuten hätte treffen sollen, dann können wir ewig warten. Sie verpasst immer den Zug.“ Der Vorsitzende der Liberalen-Fraktion, der frühere belgische Ministerpräsident Guy Verhofstadt, forderte die EU-Kommission auf, selbst Vorschläge für Euro-Anleihen zu machen.

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso behielt seine zurückhaltende Haltung in dieser Frage indes bei. Die „interessante Idee“ der Euro-Anleihen solle „nicht für die Zukunft beerdigt“ werden. „Aber im Moment müssen wir uns auf das konzentrieren, wofür es Einigkeit zwischen den Mitgliedstaaten gibt und was schnell und entscheidend getan werden kann“, sagte Barroso. Währungskommissar Olli Rehn ergänzte, die Kommission halte das Thema Euro-Anleihen für „wichtig“. Die Euro-Bonds seien aber derzeit nicht durchsetzbar.

Kritik an Deutschland, aber auch an Frankreich bekräftigte der luxemburgische Außenminister Asselborn. Die Marschroute der EU könne „nicht von den großen Ländern vorgeschrieben werden“, sagte Asselborn der Zeitung „Die Welt“. Es sei vorgekommen, dass „Frankreich und Deutschland vor einem EU-Gipfel Probleme erst geschaffen“ hätten. „Dann sind sie nach Brüssel gekommen und haben teatralisch gezeigt: Wir haben die Probleme gelöst und Europa vorangebracht.“ Der deutsch-französische Machtanspruch drücke „Überheblichkeit und Arroganz“ aus. Asselborns Regierungschef Jean-Claude Juncker hatte die Euro-Bonds vorgeschlagen und die deutsche Skepsis selbst scharf kritisiert.

Hartz IV und das alte politische Spielchen

In den „Westfälischen Nachrichten“ (Münster) heißt es zur Neufassung des Hartz-IV-Gesetzes:

„Das alte politische Spielchen rund um Macht und Ohnmacht geht wieder über die Berliner Bühne, seit Schwarz-Gelb die Mehrheit im Bundesrat verloren hat. SPD und Grüne blockieren das Hartz-Projekt. Handlungsunfähigkeit der Regierung soll zur Schau gestellt werden. Union und FDP könnten zwar geltend machen, Rot-Grün verhindere, dass die Hartz-IV-Bezieher bereits ab Jahreswechsel fünf Euro mehr im Monat bekommen. Doch tatsächlich wird die Erhöhung entweder schon vorsorglich ausgezahlt; das Urteil des Bundesverfassungsgerichts lässt eigentlich keine andere Wahl. Oder es kommt zur Nachzahlung, wenn das Gefileische im Vermittlungsausschuss zum Kompromiss geführt hat.“

Der Genosse Sozialdemokrat darf mitgestalten

Die „Leipziger Volkszeitung“ sieht es so:

„Da hat die SPD aber noch mal Glück gehabt. Die Grünen haben ihr mit ihrer bunten Saar-Koalition nicht die Rolle als Betriebsrat für den Sozialstaat streitig gemacht. Die Grünen sagen Nein zur schwarz-gelben Hartz-Reform. Über fünf Euro mehr beim Regelsatz und ein in Ansätzen gutes Bildungspaket für Kinder darf nun voraussichtlich in weihnachtlicher Vermittlung via Bundesrat der Genosse Sozialdemokrat ein wenig mitgestalten. Hier eine Kante weg, dort ein Eckchen drangeappt und fertig ist die volksparteiiche Hartz-Allianz plus FDP. Das jetzige Reformchen war schon vor der anstehenden Nachbesserung nicht geeignet, das Volk in Massen zum Protest zu veranlassen.“